

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohendorf, Adlik, Bernsdorf, Nisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Müssen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Elgendorf, Thurn, Niedermüssen, Ruffsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 144.

Besteuerliche Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

62. Jahrgang. Mittwoch, den 25. Juni

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1913

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg., halbjährlich 3 Mk. 00 Pfg., jährlich 5 Mk. 00 Pfg. — Einzelhefte 10 Pfg. — Anzeigen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Bernsdorf, Adlik, St. Egidien, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Müssen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Elgendorf, Thurn, Niedermüssen, Ruffsnappel und Zirschheim, für auswärtige Bezugsstellen mit 10 Pfg. Zuschlag. — Anzeigen in Lichtenstein 10 Pfg., in den übrigen Orten 15 Pfg. — In sämtlichen Orten kostet die werblichste Seite 30 Pfg. — Fernsprechnummer 10. — Telegramm-Adresse: T a g e b l a t t.

Bekanntmachung.

In dem Festlande eines aus 24 Stück bestehenden Transportes von Enten, der auf dem hiesigen Bahnhof angekommen ist, hat sich **Geflügelcholera**

ergeigt. Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntnis. Lichtenstein, am 24. Juni 1913. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

In dem früher Krubaurischen Hause an der Waldenburger Straße ist eine **Wohnstube** (Wohnstube und Bodenlamme) zu vermieten. Einwohner, welche sich bedürftig in der hiesigen Stadtklasse melden. Lichtenstein, am 24. Juni 1913.

Der Stadtrat.

Die Volksbibliothek zu Gallenberg

ist an jedem **Schultage** vormittags von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Das Wichtigste.

- König Friedrich August ist gestern von Leipzig aus nach Tirol abgereist. Mit ihm fuhr im königlichen Salonwagen bis München Graf Zeppelin.
- Die Technische Hochschule zu Dresden ernannte König Friedrich August zum Dr.-Ingenieur ehrenhalber.
- Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie wird in diesen Tagen in Plauen abgehalten.
- Beim 1. Bataillon des 78. Infanterie-Regiments zu Osnabrück sind etwa 200 Mann unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.
- Die Budgetkommission des Reichstages belieh es bei der Heranziehung der Einkommen über 5000 M. zum Wehrbeitrag.
- Im österreichischen Herrenhause sprach der Vizepräsident Fürst Fürstenberg in begeisterter Rede Glückwünsche für das Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms aus. Das Herrenhaus hörte die Rede stehend an.
- Präsident Poincaré ist gestern mit dem Minister des Auswärtigen, Pichon, nach England abgereist.
- Der Regent von Persien Nasr el Mull ist in Begleitung des persischen Generalkonsuls in Petersburg eingetroffen.
- Präsident Juanschilai hat ein großes Grundstück und eine Geldsumme für den Deutsch-Chinesischen Verein gestiftet.
- Ein aus Lyon nach Paris kommender vollbesetzter Trambahnzug fuhr in vollem Tempo an einer vorgeschriebenen Haltestelle vorbei und stieß mit heftiger Gewalt mit einem entgegenkommenden Zug, der zum Glück leer war, zusammen. Eine große Anzahl Personen erlitten Verletzungen. 11 Personen wurden schwer verletzt ins Spital gebracht. Der schuldige Führer, der selbst verletzt ist, ergriff die Flucht und konnte bisher nicht ergriffen werden.

Zur Wertzuwachssteuer.

Die Budgetkommission hat in erster Lesung den Antrag auf Aushebung der Reichwertzuwachssteuer abgelehnt und sich mit einer Resolution bezüglich einer Revision des Gesetzes begnügt. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, rechnet man damit, daß neue Vorschläge in Vorbereitung für die zweite Lesung sind, die vielleicht zu einem anderen Ergebnis führen werden. Daß man einsieht, mit dem jetzigen System nicht weiter arbeiten zu können, ist gewiß erfreulich. Man täusche sich indessen darüber nicht, daß eine Umgestaltung des Gesetzes, ohne den soliden Haus- und Grundbesitz schwer zu schädigen, nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser Steuerform überhaupt unmöglich ist. Wie man auch zur Vermögenszuwachssteuer stehen mag, die Wertzuwachssteuer auf den Grundbesitz stellt in jeder Form eine harte und rückfällige Doppelbesteuerung dar. Sie ist ein Unrecht, das man einem bestimmten Teile der Bevölkerung, und zwar im wesentlichen dem Mittelstande, ohne irgendwelchen zureichenden Grund zufügt. Alle Kreise des Grundbesitzes empfinden diesen Vorgang als eine schwere Unbilligkeit. Seit 1910 hat der organisierte

Hausbesitz unausgesetzt auf das schärfste gegen diese unbillige Steuer protestiert.

Sachliche Gründe für die Beibehaltung der Wertzuwachssteuer sind nach keiner Richtung hin vorhanden. Ihr möglicher nomineller Ertrag von 20 Millionen Mark ist durch den Rückgang des Ertrages des Reichs-Umsatzsteuergesetzes auf rund 12 Millionen reduziert, und auch dieser Betrag steht tatsächlich nur auf dem Papier, da in überaus zahlreichen Fällen die behördlichen Steuerfestsetzungen auf dem gesetzlich zulässigen Wege angefochten worden sind. Es ist zweifellos, daß ein nicht geringer Teil dieser Anfechtungen Erfolg haben wird, und wie sehr dabei der Ertrag der Reichwertzuwachssteuer beeinträchtigt werden kann, zeigt die Tatsache, daß in Welfenkirchen in 13 Fällen die Wertzuwachssteuer auf 107,319.43 Mark veranlagt worden war, nach Einlegung der Rechtsmittel aber auf 26,048.33 Mark herabgesetzt werden mußte. In sachkundigen Kreisen besteht die Ansicht, daß nach Durchführung der schwebenden Steuerprozesse und Beschränkung der Umsätze auf mehr als 1/3 des jetzigen Betrages tatsächlich verbleiben wird, und um dieses geringen Betrages willen, der sich bei Berücksichtigung des Rückganges der Umsatzsteuererträge auf ein Minimum verflüchtigt, wird jetzt verlangt, daß die längst von allen Seiten als unhaltbar bezeichnete Reichwertzuwachssteuer im deutschen Steuersystem weiterbestehen, und ihr außerdem noch eine Vermögenszuwachssteuer zur Seite gesetzt werden soll. Will das Reich seine Einnahmen aus dem Grundbesitzverkehr wieder heben, so ist gerade die Beseitigung der Wertzuwachssteuer und die Ermäßigung des Umsatzsteuergesetzes der richtige Weg. Ein gesunder Grundbesitzverkehr wird sich dann wieder einstellen und der nominelle Anstieg, der durch die Beseitigung der Wertzuwachssteuer entsteht, dadurch wieder eingebracht werden. Dann wird auch das jetzt geschwundene Vertrauen zur Anlage von Kapital in Hausbesitz wiederkehren und damit die Gesundung des Haus- und Grundbesitzes herbeiführen.

Preußen gegen die Reichs-Steuerkontrolle?

Um die Bundesstaaten auch förmlich unter die Kontrolle des Reiches zu stellen, hatte die Kommission des Reichstages eine Resolution angenommen, nach der die Veranlagung der Vermögenszuwachssteuer in den Bundesstaaten nicht durch Beamte der allgemeinen Verwaltung, sondern durch besondere finanz-technisch vorgebildete Reichsbeamte erfolgen soll. Diese Resolution, die auch äußerlich mit der Finanzhoheit der Einzelstaaten austräumt, gefällt dem preussischen Finanzministerium gar nicht; wenigstens meinen die „Berliner Politischen Nachrichten“, die diesem Ministerium sehr nahe stehen, diese Resolution unterliege sehr erheblichen grundsätzlichen Bedenken, denn sie bedeute einen starken Uebergreif des Reiches in die Organisation der Steuerverwaltung der Bundesstaaten. „Es ist daher kaum anzunehmen, daß wenn das Plenum des Reichstages diesem Beschlusse der Budgetkommission beiträhe, dem seitens der Regierung der Bundesstaaten Folge gegeben würde, und zwar um so weniger, als der Beschluß auch praktisch nicht durchführbar ist. So würde es z. B. in Preußen ganz unmöglich sein, mit einem Male die Landräte und Oberbürgermeister sämtlich im

Vorsitz der Veranlagungskommissionen durch besondere Kommissare der Steuerverwaltung zu ersetzen, weil es an dem hierzu ausreichenden finanz-technisch vorgebildeten Personal fehlt. Man hätte annehmen sollen, daß die preussischen Mitglieder der Budgetkommission angehören, von diesem Sachverhalt den nötigen Vermerk genommen hätten. Es liegt aber auf der Hand, daß, wenn dies nicht geschehen ist, bei der Beschlußfassung der verbündeten Regierungen über eine etwaige Resolution des Reichstages des bezeichneten Inhalts diese Sachlage voll gewürdigt werden wird.“

Deutsches Reich.

Berlin. (Kaiser Wilhelm) wird am 25. Juli zu einem dreitägigen Besuch in Kopenhagen eintreffen.

(Eine Rundgebung der deutsch-hannoverschen Partei.) Die „Deutsche Volkszeitung“, das Hauptorgan der welfischen Partei, veröffentlicht an der Spitze ihrer politischen Uebersicht folgende Rundgebung des Parteiführers Frhr. v. Scheele: In dem am 19. Juni zur Veröffentlichung gelangten Schreiben Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg ist ein staatsrechtlicher Verzicht auf die hannoverschen Rechte des welfischen Fürstenhauses nicht enthalten. Es besteht somit für die deutsch-hannoversche Partei kein Grund zur Beunruhigung. Sie ist sich jedoch der Verpflichtung wohl bewußt, die eine etwaige Thronbesteigung Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie wird durchaus den Erwartungen entsprechen, die Sr. Königliche Hoheit in einem Brief an das herzoglich braunschweigische Staatsministerium vom 15. Dezember 1906 zum Ausdruck gebracht hat, in dem er die feste Zuversicht ausspricht, daß die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung seines Sohnes als Herzog von Braunschweig zu erschweren.

(Der preussische Städtetag und die Wertzuwachssteuer.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Vorstand des preussischen Städtetages hat an das Reichsschatzamt eine Eingabe gerichtet, in der beantragt wird, falls das Reichs-Wertzuwachssteuergesetz aufgehoben wird, die benachteiligten Gemeinden in vollem Umfang zu entschädigen, etwa durch Ueberweisung aus dem Ertrage der Reichsvermögenszuwachssteuer.

(Der Großblock.) Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie Wadens hat das von den Vertrauensmännern abgeschlossene Abkommen mit den Nationalliberalen und der fortschrittlichen Volkspartei einstimmig gut geheißen. Damit ist der Großblock für den zweiten Wahlgang in Baden gesichert.

(Gesicht im Kongowinkel.) Von einem verlustreichen Gesicht im Kongowinkel, das die Deutsche Schutztruppe zu bestehen gehabt haben soll, weiß die Pariser Presse Koloniale zu berichten: Major Zimmermann, der sich auf einer Inspektionsreise in der von Deutschland neuerdings annektierten Kongoregion befand, sei von Eingeborenen aus Stone angegriffen worden, wobei der Unteroffizier Zeiter und 12 Soldaten der deutschen Schutztruppe getötet worden seien. Nach Bekanntwerden dieser Nachricht hätten die Mitglieder der Grenzkommission ihre Arbeiten sofort unterbrochen und seien dem Major zu Hilfe geeilt. — Auf dem Reichskolonialamt in Berlin ist von diesen Vorgängen nichts bekannt. D. Red.

ends
ater.

bedeutend
Wert in.

sol.

5 Pfg.

Schreib-
Direktion.

trag

ung?

geladen.

tsche
6.

ien

Co.



franko.

hen

erde

pedition.

ngem,
gender
rr

annien

Ouser

en er-
on der

ahme
renden

n und
ehöhen
trotst-
reicher
ein
nach.

ader.

ichtreibein.